

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vormüders-Verlag GmbH.  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

sw

## Justiz und politischer Terror.

Nach Weimar, Braunschweig! - Ein neuer Fall von politischem Mißbrauch der Justiz.

Nach „Ordnungs“-Thüringen und Geme-Weckenburg Stahlhelm-Braunschweig! Dem Verfahren gegen den Staatsbankpräsidenten Voeb, gegen den Landrat Dr. Foth reißt sich ein Verfahren gegen den Landesschulrat Dr. Stoelzel in Braunschweig würdig an. Er wird einer Reihe von entehrender Vergehen angeklagt; am 11. und 12. November steht gegen ihn Termin vor dem Schöffengericht in Braunschweig an. Die Anklage lautet auf Unterschlagung und Betrug.

Den Kern der Anklage bilden folgende Punkte: Stoelzel hat aus der Landesbibliothek mehrere Schulbücher entliehen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt hat er sie wieder zurückgegeben. Er hat aber gemacht werden müssen - und das soll Unterschlagung sein!

Von seinem Diensttelefon in Braunschweig hat Stoelzel dreimal ein Ortsgespräch mit dem Opernhause in Braunschweig geführt, um sich Theaterkarten zu bestellen. Das soll Betrug sein!

Diese Anklage ist ungeheuerlich! Der Staatsanwalt, der sie erhebt, sollte von Rechts wegen wegen Amtsmißbrauchs belangt werden. Das Material zu der Anklage hat ein Beamter geliefert, der Stoelzel geradezu von Minute zu Minute bespitzelt haben muß.

Es handelt sich um einen der typischen Prozesse, die angestrengt werden, um sozialdemokratische Beamte zu isolieren und um ihre Pensionsansprüche zu bringen. Es handelt sich um politischen Mißbrauch der Justiz. Die Staatsanwaltschaft klagt an, damit an dem gehechten Beamten auf alle Fälle in den Augen der Öffentlichkeit etwas hängen bleibt, selbst wenn die Anklage zusammenbricht und das Gericht zu einem glänzenden Freispruch kommt.

Diese Art des Mißbrauchs der Justiz zu politischem Terror wird in den Ländern, die das Unglück haben, von Rechtsregierungen verwaltet zu werden, nachgerade System!

### Was sich Braunschweiger Richter herausnehmen.

Wir erhalten Kenntnis von einem Urteil des Schöffengerichts Greene (Braunschweig) in einer Abtreibungssache. Den Angeklagten, die nach § 218 verurteilt worden sind, wurden mildernde Umstände zugebilligt mit folgender Begründung:

„Es ist ihnen ferner zugute gehalten, daß der bedauerliche und verhängnisvolle Streit um die Aufhebung des § 218 RStGB. die Begriffe des Volkes von Recht und Sittlichkeit, der Heiligkeit des ehelichen Familienlebens verwirren muß, zumal wenn selbst

in unserem engeren Vaterlande sich unter den Parlamentariern gewissenlose Leute finden, die für die Straffreiheit der Abtreibung eintreten.“

Das Urteil ist gezeichnet Amtsgerichtsrat Lämmerhirt. Wir nehmen an, daß gegen Lämmerhirt von Braunschweiger Parlamentariern Beleidigungsklage erhoben werden wird. Die Stahlhelmregierung wird ein Dienstaufsichtsverfahren gegen ihn freilich schwerlich einleiten.

### Reinheit der Justiz - nicht wichtig.

Die thüringische Landtagsmehrheit deckt den Weimarer Justizskandal.

Jena, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute morgen beschäftigte sich der Ältestenausschuß des Landtages von Thüringen mit der Geschäftsfrage und beschloß, den Landtag nach Beendigung der ersten Lesung des Haushalts bis zum 8. Dezember zu vertagen.

Die sozialdemokratische Fraktion kündigte in der Sitzung des Ältestenausschusses eine große Anfrage zum Voeb-Prozess an und beantragte, daß die Besprechung der Anfrage sofort erfolge. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte dies an. Sinnen aber mit der Begründung ab, man könne die Anfrage noch nicht und wisse auch nicht, ob die Regierung in der Lage sei, sofort zu antworten. Uebrigens sei die Angelegenheit ja auch nicht so wichtig, als daß sie nicht eine Vertagung bis in die erste Hälfte des Dezember verträge.

Dieser Beschluß ist für die Mehrheit des Landtages von Thüringen bezeichnend. Von unterrichteter Seite haben wir erfahren, daß die Regierung auf die zweite Erklärung des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders vom Donnerstag nicht zu antworten gedenke. Sie wolle erst das Ergebnis der Untersuchung des Generalstaatsanwalts abwarten. Der Generalstaatsanwalt ist in dem Weimarer Skandal aber in hervorragendem Maße Partei, so daß man sich heute schon ausmalen kann, wie das Untersuchungsgericht aussehen wird. Man will also von seiten der Regierung gar keine Klärung des ungeheuren Skandals und die Landtagsmehrheit leistet ihr dabei willige Helfershelferei.

Oberstaatsanwalt Dr. Frieders hat sich, wie der Justizminister mitteilt, krank gemeldet und verrichtet demzufolge seine Obliegenheiten nicht mehr.

Aus Frankfurt a. M. erfahren wir, daß der Genosse Voeb infolge der Aufregungen neuerdings heftig an seinem alten Leiden erkrankt ist und in eine Klinik übergeführt werden mußte.

### Gerüchte.

Die Sozialdemokratie hält an ihrem Standpunkt fest.

Die „Rostocker Zeitung“ beschäftigt sich in ihrem heutigen Morgenblatt mit den Möglichkeiten einer neuen Regierungsbildung, insbesondere mit der Frage einer großen Koalition. Sie kündigt im Zusammenhang damit an, daß heute morgen noch vor der sozialdemokratischen Fraktionsitzung, die um 3 Uhr nachmittags beginnt, eine direkte Aussprache zwischen den Führern der Volkspartei und denen der Sozialdemokraten stattfinden werde. Daran ist nur soviel richtig, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Hermann Müller, zu heute morgen zum Reichsaußenminister Dr. Stresemann gedenken war. Es handelte sich dabei um eine Aussprache rein informativer Natur, keineswegs aber um eine Verhandlung zwischen den Führern zweier Parteien über eine künftige Regierungsbildung. Es ist selbstverständlich, daß die Partei an dem Standpunkt festhält, der in der bekannten Erklärung des Vorstands der Reichstagsfraktion dargelegt ist.

### Kommt die Abrüstung in Gang?

Frankreich bereitet die Völkerbundsdebatten vor.

Paris, 6. November. (W.T.B.) Im Hinblick darauf, daß am 3. Dezember in Genf der Völkerbundsrat eine Sitzung abhalten wird, um die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz zu prüfen, wurden gestern in der Sitzung des französischen Obersten Rates der nationalen Verteidigung, die unter dem Vorsitz des Abg. Paul Boncour tagte, in Uebereinstimmung mit dem Generalstab, dem Admiralstab, Vertretern des Außenministeriums, des Finanzministeriums, sowie des Kolonialministeriums die Vorschläge festgelegt, die die Vertreter Frankreichs dem Ausschuss des Völkerbundsrates unterbreiten sollen.

### Die Sozialisten und Painlevé.

Die Regierung wird nach ihren Handlungen beurteilt.

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion der Kammer beriet heute über die politische Lage. Im Namen der Fraktion richtete zunächst Leon Blum an die Genossen Renaudel, Paul Boncour, Moutet und Vincent Auriant, die zum Protest gegen den Nationalratsbeschluß als Mitglieder der politischen Kommission der Partei zurückgetreten sind, die Bitte, ihre Demission zurückzuziehen. Sie erklärten sich

hierzu nach kurzer Diskussion bereit. Die Aussprache über die Haltung der Fraktion in der bevorstehenden Debatte bewegte sich in der Linie der am Dienstagabend in der Kammer abgegebenen Fraktionserklärung. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Fraktion ihre Einstellung gegenüber dem Ministerium Painlevé ausschließlich von dessen Taten abhängig mache. Das bedeutet den Verzicht auf systematische Opposition zugunsten einer Politik, die von Fall zu Fall darüber entscheidet, ob die Regierungsvorlagen den sozialistischen Forderungen weit genug entgegenkommen, um von der Fraktion angenommen werden zu können. So wurde beschlossen, für den von der Regierung gestellten Antrag zu stimmen, die Diskussion der von der Rechten eingebrachten Interpellation über Syrien bis zur Rückkehr des Generals Sarrail zu vertagen und die Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik und vor allem über Locarno zu verlangen.

Die von einigen bürgerlichen Blättern verbreitete Meldung, daß der Parteivorstand beabsichtige, demnächst einen außerordentlichen Parteitag zusammenzuberaufen, um über die Frage der Unterstützungspolitik und der eogl. Beteiligung an einem bürgerlichen Kabinett neue Entscheidungen herbeizuführen, entbehrt jeder Grundlage.

### Der Regierungskrise folgt eine Parteikrise.

Paris, 6. November. (W.T.B.) Die Meinungsverschiedenheiten, die sich innerhalb der Fraktion der Demokratischen-republikanischen Linken (Fraktion Maginot) aus der Stellung zum Kabinett Painlevé ergeben haben, haben den Austritt von 14 Abgeordneten aus der Fraktion Maginot veranlaßt. Sie haben sich unter Führung von Le Trocquer, Colrat, Landry zu der Gruppe „unabhängige Linke“ zusammengeschlossen. Die Fraktion Maginot umfaßt jetzt noch 29 Mitglieder.

### Locarno und Rückwirkungen vor dem Kammerausschuß.

Paris, 6. November. (W.T.B.) In den Wandeltagen der Kammer wird erklärt, daß am Freitag Painlevé und Briand im Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten sich auch über das Abkommen von Locarno aussprechen würden.

Es besteht die Ansicht, daß die Abkommen von Locarno eine Ratifizierung durch das Parlament nicht erfordern, sondern daß es genüge, eine Tagesordnung anzunehmen, durch die sie gebilligt würden. Nach Haas ist es wahrscheinlich, daß morgen die Regierungsvertreter und die Ausschussmitglieder sich auf dieses Verfahren einigen werden.

Die Kämpfe um Demasus dauern fort. 20 Kilometer südlich der Stadt haben sich mehrere Tausend Aufständische gesammelt. Die Franzosen haben ihre Artillerie in feste Stellung gebracht und vor der Stadt Barricaden und Drahterzwecke errichtet. Das amerikanische Konsulat hat zum Schutze der amerikanischen Bürger zwei Kreuzer angefordert.

## Bünde von Kriegshekern.

Das Sammelbeken der Monarchisten und Revanchehexer.

Uns liegt die Novembernummer der „Garde, Zeitschrift für alle ehemaligen Kameraden des Garde-Korps“ vor. Sie bestätigt nicht nur, daß General a. D. v. Armin bei der Denkmalsenthüllung der Augustaner in durchaus monarchistischem Sinne gesprochen hat, sie ist auch ein Beweis dafür, daß in den dem Kyffhäuserbund angeschlossenen Vereinen bewußt ein monarchistischer, revanchelusterner Geist großgezogen wird. Die infame Dolchstoßlüge, die durch den Münchener Prozeß widerlegt ist, wird mit Eifer verbreitet. Das Andenken an den ehemaligen Kaiser und seine Familienmitglieder wird, wie aus den Vereinsnachrichten hervorgeht, in einer Weise gepflegt, die nur den Zweck einer Rückkehr zur Monarchie verfolgen kann. Ganz eindeutig wird das in einer Schilderung über Erlebnisse aus der Zeit 1870/71 ausgesprochen, die mit den Worten endet:

„Nun will ich meine Erinnerungen mit dem Wunsche schließen, die kommenden Geschlechter mögen nie vergessen, daß das, was mit dem Schwerte errungen ist, nur durch Treue und Gehorsam gegen Kaiser und Reich erhalten werden kann. Ein Gott! Ein Kaiser! Ein Volk! Möge das der Wunsch aller ehemaligen Gardisten in Zukunft sein und bleiben!“

Neulich wird der Gedanke an einen Rachekrieg von der „Garde“ wachgehalten. In einem Aufsatz über den Wehrgedanken heißt es:

„Es handelt sich nicht um eine unüberlegte Kriegsheke, nicht um ein Problem der Tagespolitik. Wir wissen, daß wir nicht morgen mit den Waffen in der Hand einen Krieg vom Jaune brechen können. Zurzeit ist eine bewußtlose Auseinandersetzung mit einiger Aussicht auf Erfolg nicht möglich. Wenn nun auch heute und morgen der Weg mit der Waffe nicht gegeben ist, so muß er doch vorbereitet werden nach zwei Richtungen hin, denn kommen muß der Tag! . . .“

Wir wissen nicht, wann der Freiheitskampf zu beginnen ist, aber die Pflicht jedes Soldaten ist es, für sich und seinen Kreis alles zu tun, um für den Kampf, wenn er befohlen wird, geistig und physisch wehrbereit zu sein.

Der Aufsatz schließt mit der Aufforderung an alle Vereinsmitglieder, mit der Reichswehr die engsten Verbindungen aufrecht zu erhalten, um über die moderne Technik des Kriegshandwerks auf dem Laufenden zu bleiben.

Der Kyffhäuserbund behauptet, politisch neutral zu sein. Wir konnten schon wiederholt nachweisen, daß das nicht der Fall ist. Aus dem vorliegenden Heft geht ersichtlich hervor, daß der Kyffhäuserbund und die ihm angeschlossenen Vereine das Sammelbeken für die Monarchisten sind und daß sie der republikanischen Staatsform feindsich gegenüberstehen. Das Heft beweist ferner, daß der Kyffhäuserbund sich die Vorbereitung eines Revanchekrieges zum Ziel gesetzt hat, und daß es den Anschein erweckt, als ob die Reichswehr sein Treiben, das die Friedenspolitik der Reichsregierung zu durchkreuzen versucht, unterstützt.

Reichswehrminister Gehler hat es auch nach den skandalösen Vorgängen bei der Augustanerfeier abgelehnt, die Verbindung zwischen der Reichswehr und den Kriegervereinen des Kyffhäuserbundes abubrechen. Er versuchte, den Sachverhalt so darzulegen, als ob es sich um einen falschen Jungenschlag eines alten Generals handelte, dem keine Bedeutung beizumessen ist. Ein flüchtiger Blick in eines der vielen Publikationsorgane des Kyffhäuserbundes läßt erkennen, daß diese Auffassung unhaltbar ist. Es ist anzunehmen, daß das Reichswehrministerium, das die offizielle Teilnahme der Reichswehr an den Veranstaltungen der Kriegervereine unterstützt, auch die Publikationsorgane dieser Vereine sorgfältig verfolgt. Infolgedessen muß der Reichswehrminister, wenn er von den verantwortlichen Referenten nicht in einer unverantwortlichen Weise irregeführt wird, von der in jeder Beziehung staatsfeindlichen Haltung des Kyffhäuserbundes unterrichtet sein.

Ist das aber der Fall, so bedeutet das Verhalten des Reichswehrministers eine unbegreifliche Fahrlässigkeit, wenn man ihm und seiner Behörde nicht ein stilles Einverständnis mit den monarchistischen, kriegshekerischen Zielen des Kyffhäuserbundes unterstellen soll. Pflicht des Reichswehrministers ist es nicht nur, die Beziehungen zwischen Reichswehr und Kyffhäuserbund abubrechen, sondern auch den Reichspräsidenten, der sich offen als Ehrenvorsitzender des Kyffhäuserbundes bekennt, auf das Unhaltbare seiner Lage aufmerksam zu machen.

### Fragen an die Regierung.

Zu dem hier behandelten Thema wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Der Reichspräsident von Hindenburg hat sich von den Rechtsbänden wählen lassen und hat seither in keiner Weise zwischen sich und ihnen den Trennungsstrich gezogen. Vielmehr gehören „Stahlhelm“, „Berwolf“ usw. nach wie vor zu den bei jeder amtlichen Reise des Reichspräsidenten spallerbildenden Vereinen, sie rüsten auch jetzt wieder in Stuttgart zu seinem schwarzweißen Empfang, sie verkörpern in den Augen der öffentlichen Meinung und wohl auch in den Augen des Reichspräsidenten selbst die „nationalistische Bewegung“ schlechthin.

Die Regierung Luder hat auch in letzter Zeit gegen diese Erscheinungen in keiner Weise reagiert, sie hat mit keinem Worte zum Ausdruck gebracht, daß sie für die Gegenwart und für die

Zukunft jede Gemeinsamkeit mit diesen Verbänden zurückweist und ihr Treiben als für die Zukunft der deutschen Politik schädlich ansieht. Eine solche Klarstellung des Verhältnisses zwischen dem Reichspräsidenten bzw. der Reichsregierung und den VBB ist aber unerlässlich. Nicht allein, weil es ein auf die Dauer unmöglicher Zustand ist, daß die offiziellen Stellen des Reiches sich zur Friedenspolitik von Locarno bekennen und dabei gleichzeitig solche Verbände als Stützen eines Regierungskurses in Erscheinung treten lassen, die für die Revanche Propaganda machen.

Aber es kommt noch ein weiteres hinzu: die Reichsregierung hat sich durch ihre Delegation in Locarno zumind. moralisch dazu verpflichtet, den Trennungstisch zwischen sich und den nationalistischen Verbänden zu ziehen.

Falls das bestritten werden sollte, möchten wir folgende Frage aufwerfen, um deren Beantwortung wir hiermit ersuchen: Ist es richtig, daß den deutschen Delegierten Vorhaltungen darüber gemacht wurden, daß in demselben Augenblick, wo sie am Konferenzort über einen Sicherheitspakt und dessen Rückwirkungen verhandelten, in Berlin unter Beteiligung der Reichswehr und in Anwesenheit des Reichspräsidenten eine Gefallenendankmalkonzeption stattfand, die einen ausgesprochen nationalistischen Charakter trug; wobei die Inschrift dieses offiziellen Denkmals „Aus unseren Gebeinen wird einst ein Rächer entstehen“ in ganz besonders kräftigem Gegensatz zu den Zielen der Völkerverständigung stand?

Ist es richtig, daß der Vertreter der deutschen Regierung, dem diese Tatsachen in einer der zahlreichen „offiziösen“ Vortragsreden entgegengehalten wurde, mit den Ausdrücken der schärfsten Mißbilligung von diesen Vorgängen auf dem Gariboldi-Friedhof abrückte und erklärte, daß nach dem Abschluß des Paktes selbstverständlich solcher grober Unzucht ein Ende nehmen müßte und daß die Reichsregierung künftig alles aufbieten würde, um den Geist von Locarno auch in Deutschland durchzusetzen?

Und weil diese Fragen nur in bejahendem Sinne beantwortet werden können, fragen wir weiter: Wann wird der Reichspräsident, wann wird die Reichsregierung, gleichviel, welche Rolle diese nationalistischen Verbände bei der Aprilwahl und überhaupt in der Zeit der Reichsregierung gespielt haben mögen, von den VBB öffentlich abtadeln und jede Gefinnungsgemeinschaft mit ihnen verleugnen?

### Das Urteil im Zigewitz-Prozess.

#### Geldstrafen für die Direktoren — baldige Begnadigung für das Adelskonsortium!

Im Landpfandbriefanklagsprozess wurde heute das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt:

Der Angeklagte Rehring wegen gemeinschaftlicher Falschbeurkundung im Amt an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu einer Geldstrafe von 1500 M. und wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Urkundenunterdrückung an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten zu einer Geldstrafe von 1500 M.

Der Angeklagte Lüders wegen gemeinschaftlicher Falschbeurkundung im Amt an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 10 Wochen zu einer Geldstrafe von 1750 M. wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Urkundenunterdrückung an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 10 Wochen zu einer Geldstrafe von 1750 M. und wegen Betrugs zu einer Geldstrafe von 1500 M.

Der Angeklagte von Ehdorf wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zum Nachteil des Herrn von Zigewitz zu 9 Monaten Gefängnis und 10000 M. Geldstrafe, ferner wegen gemeinschaftlichen Vergehens gegen § 312 HGB. im Falle Börse zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten, die in eine Geldstrafe von 1500 M. umzuwandeln ist, ferner wegen Untreue im Falle Sift zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten, die in eine Geldstrafe von 1500 M. umzuwandeln ist.

Der Angeklagte von Karstädt wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zu 9 Mo-

natem Gefängnis und 20000 M. Geldstrafe, ferner wegen gemeinschaftlichen Vergehens gegen § 312 HGB. zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten, die in eine Geldstrafe von 1500 M. umzuwandeln ist.

Der Angeklagte von Carlowitz wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten, auf die drei Monate drei Wochen der erlittenen Unterbringungshaft angerechnet werden, sowie zu einer Geldstrafe von 30000 M.

Im übrigen werden die Angeklagten Rehring, Lüders und von Carlowitz freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt ist, den Angeklagten, soweit Freisprechung erfolgte, der Staatskasse zur Last.

Den Angeklagten von Ehdorf und von Karstädt wird nach Verbüßung von 5 Monaten, dem Angeklagten von Carlowitz nach Verbüßung weiterer drei Monate Strafaussetzung mit Aussicht auf Begnadigung bei guter Führung in Aussicht gestellt.

### Der Landgerichtsdirektor entschuldigt sich.

Landgerichtsdirektor Lehmann schickte der Urteilsoverkündung eine längere Einleitung voraus, in der es u. a. heißt:

„Jeder Spruch, der hier gefällt wird, muß von der Verantwortung des schweren Amtes, das dem Richter auferlegt ist, getragen sein. Mag der Spruch auch Kritik finden, wirklich kennt ihn nur derjenige, der der ganzen Verhandlung gefolgt ist. Das Gericht darf sich nicht von unmännlicher, unchristlicher Furcht leiten lassen (!). Es darf nicht mit unnötiger Härte einschreiten, es darf sich aber auch nicht fürchten, dort Strenge walten zu lassen, wo es nötig ist.“

### Der Attentatsplan — von Anfang an gekannt

#### Operettenregie. — Sämtliche Zeitungen verboten.

Rom, 6. November. (WZ.) Die Meldungen vom dem auf Mussolini geplanten Attentat haben in der Stadt eine ungeheure Aufregung verursacht. Sämtliche Blätter wurden verboten, mit Ausnahme der faschistischen „Epoca“ und der „Idea Nazionale“.

Nach deren Darstellungen habe der Minister des Innern, Federzoni, den Attentatsplan von Anfang an gekannt, und der Polizei sei keine Phase der Entwicklung geheim geblieben. Die Festnahme Zanibonis und des Generals Cappello war sorgfältig vorbereitet. Die Polizei hätte die Verhinderung schon längst niederschlagen können, habe aber die Entwicklung abwarten wollen. Minister Federzoni hat nach Erstellung entsprechender Aufträge an die Polizei und an sämtliche Präfekten des Landes seine Abreise nach Südtirol ankündigen lassen, um die Verschönerer in Sicherheit zu wiegen. Von Siena aus verfolgte er die Berichte, die ihm gebracht wurden, so die Abreise Zanibonis nach Rom und dessen Absicht, im Hotel Dragoni zu wohnen, von wo aus die Schüsse gegen Mussolini abgegeben werden sollten, während er vom Palazzo Chigi aus sprach. Von Siena eilte Minister Federzoni nach Rom zurück, um sich Zanibonis zu verschern.

Donnerstag morgen um 9 Uhr drang eine Abteilung Karabinieri in das Hotel Dragoni ein, während bereits der Festzug im Aufmarsch war. Der Bizequästor Belloni erreichte Zaniboni auf der Treppe, ergriff ihn am Arm und erklärte ihn für verhaftet. Zaniboni, der in der Uniform der Alpinoffiziere war, mit zahlreichen Auszeichnungen auf der Brust, protestierte gegen die Verhaftung eines Offiziers und erklärte, der Irrtum werde sich sofort aufklären. Hierauf sagte ihm der Bizequästor einige Worte in das Ohr, worauf Zaniboni erbleichte und sagte: „Gut, ich werde keinen Widerstand leisten.“ Er hatte einen großen Koffer bei sich und wurde von Detektiven im Automobil auf die Polizei geführt.

### Der Plan Zanibonis.

„Idea Nazionale“ erzählt, daß Zaniboni ein österreichisches Gewehr mit Zielfernrohr besaß, mit dem er von seinem Fenster aus auf Mussolini schießen wollte, wenn dieser zur Abnahme der Siegesparade während der Feier auf dem Balkon des Palazzo Chigi erscheinen sollte. Vor einigen

Tagen habe im Hotel Dragoni ein Mann vorgesprochen, der für einen Freund ein Zimmer nach der Via del Tritone hinaus bestellte, damit er von dort den Festzug sehen könne. Da kein solches Zimmer frei war, mußte er sich mit der Vormerkung auf ein Zimmer auf die Piazza Colonna begnügen. Während der folgenden drei Tage sei der Mann wiederholt ins Hotel gekommen, um sich des Zimmers zu verschern. Am 3. November kam er wieder in das Hotel und kündigte seinen Freund, einen Invaliden, für den nächsten Tag früh an. Der Hotelier merkte für ihn ein Zimmer vor, das auf die Via del Tritone ging. Um 6.30 Uhr früh am Donnerstag kam der Angekündigte im Automobil ins Hotel in der Uniform eines Alpinmajors, worunter er ein Schwarzhemd trug, mit zahlreichen Dekorationen auf der Brust. Er nannte sich Major Silvestrini aus Bologna, hinkte mit einem Fuße, und ging in das Zimmer, in dem er mehrmals ans Fenster trat. Um 8.45 Uhr sah der Hotelier den Fremden auf dem Balkon, der rasch zurücktrat, als er sich beobachtet fühlte. Um 9 Uhr erschien ein Mann, der nach dem Major Silvestrini fragte, sich in den ersten Stock begab und zehn Minuten verweilte. Um 9.30 Uhr erfolgte die Verhaftung. Das Blatt berichtet, daß ein Automobil bereit stand, um den Attentäter sofort in Sicherheit zu bringen; die Insassen des Automobils seien als Faschisten gekleidet gewesen.

Glaubwürdig an dieser Polizeidarstellung ist jedenfalls das eine: der „Attentatsplan“ war den Behörden von Anfang an bekannt; er dürfte nämlich sogar in deren Gehirnen als typisch-plumpes Vorkipfelwerk gereift sein.

### Die Beschuldigten.

Rom, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Der angebliche Attentäter Zaniboni ist, wie wir erfahren, seit einem Jahr nicht mehr Mitglied der Unitaristischen Partei. Er wird als ein Mann von starkem Affekt geschildert, der während der neutralen Zeit ein eifriger Kriegsgegner war, während des Krieges sich aber so auszeichnete, daß er im Besitz von 4 silbernen Medaillen ist und zu zwei goldenen vorgeschlagen wurde. Er war zusammen mit Peppino Garibaldi an den Zwischenfällen zwischen „Frontkämpfern“ und Faschisten während des Festzuges im vorigen Jahr anlässlich der Siegesfeier des 4. November beteiligt.

Der zweite „Attentäter“ General Cappello, galt während des Krieges als ein bedeutender Heerführer. Er war Kommandant der zweiten Armee, bei der er sich so auszeichnete, daß er von Freimaurern nach dem Rücktritt Cobornas als Generalissimus empfohlen wurde. Da Cappello danach strebte, einen freimaurerischen Faschismus zu schaffen, machte er auch seinerzeit den Marsch auf Rom mit. Erst als er erkannte, daß Mussolini den kapitalistischen Interessen Rechnung trug, trennte er sich von diesem. Heute gilt er als einer der einflussreichsten Freimaurer.

Der dritte „Attentäter“ Draglia gehörte zum Verband der katholischen Jugend. Seine Beteiligung an dem Attentat soll ein Licht auf die Unzuverlässigkeit des „Popolo“ und seiner Anhänger werfen. Er war nach der Ermordung Matteottis einer von denjenigen Leuten, die zusammen mit Zaniboni eine eigene Untersuchung des Verbrechens veranlaßten. Seine Verhaftung soll großen Eindruck auf vatikanische Kreise machen.

### England und der Balkanpakt.

London, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung läßt offiziell bekanntgeben, daß sie keine endgültigen Vorschläge bezüglich der Entscheidung der Balkanstaaten, unter sich einen Pakt, ähnlich dem Locarno-Vertrage, abzuschließen, machen wolle. England würde wohl einen solchen Pakt, der einen Kriegsausbruch verhindern soll, gut heißen, aber die Großmächte könnten nicht die Initiative ergreifen. Derartige Verhandlungen müßten von den betreffenden Staaten allein geführt werden.

### Dankagung.

Zu meinem 50. Geburtstag sind mir soviel Glückwünsche zugegangen, daß ich außerstande bin, im einzelnen darauf zu antworten. Ich bitte deshalb die Gratulanten meinen herzlichsten Dank auf diesem Wege entgegenzunehmen. Crispian.

## Löwe los!

Von Erna Büsing.

Auf dem Marktplatz der kleinen Stadt stand die Menagerie. In allen Anschlagtafeln, an allen Mauern liebten lustig bunte Plakate, die auf verlockende Sehenswürdigkeiten hinwiesen, welche die grauen Zeltbahnen umschlossen. Die Neugierde des ganzen Städtchens war wach und Männer und Frauen, Kinder und Hunde waren die lebende Umfröbung der Menagerie.

Anstaunenswertes Leben regte sich in ihren Käfigwagen. Eine riesige Schlange verdaut langsam ein Ferkel, Ameisenbären schliefen hinter erleuchteten Glascheiben und nach Fischen schreiende Seehunde gaben ähnliche Laute von sich, wie die Honoration des Städtchens, wenn der Stammtisch Friederichs Rex über die Polizeistunde hinaus beisammen geblieben war. Wirklich, sie waren des Ansehens würdig, die Insassen der Menagerie.

Vor allen Dingen er, der männliche Berberlöwe. Er war jeder Zeit eine Majestät, ganz von oben herab, die Würde schien ihm im Gesicht festgefroren zu sein. Zog er nur die Nase kraus, dann kam ihm bestimmt kein Fiedelwebel verflochtenen Ansehens und kein Verehrerschuß achtungsvoller Gegenwart an gedieteterischer Volksmacht gleich. Um die Menschen kümmerle er sich wenig, der Berberlöwe. Ihre Bewunderung war ihm Luft und sie selbst bedeuteten ihm auch nichts, denn er hatte noch nie ihr Fleisch gekostet, folglich konnte er sich des inneren Wertes der Menschen unmöglich bewußt sein. Tann und wann interessierte er sich freilich für Pferde, nicht weil sie spielend mit dem Maul am Zirkuszelt geritten und so Zuglust oder Regen in den Stall ließen, sondern weil er ihre Artgenossen als zerstückelte Leichen serviert bekam.

Doch einmal brach die Katastrophe herein. Sie kam aus geringfügigem Anlaß. Der Wärter, der den Berberlöwen liebevoll besorgte, hatte die Schiebetür des Käfigs ausgelassen. Es war vor der Fütterungszeit und Hunger vermindert die Würde. Ja, sogar der hungerige Magen einer Majestät kann zu Dummheiten verführen. Also, der Berberlöwe verließ den Käfig. Die zerfetzten, für Löwenmäulchen eingeteilten Pferdeleichen fand er nicht sogleich, doch da man in der Fremde unwillkürlich etwas Bekanntes sucht, ging er seelenruhig zu dem abnungslos im Stall stehenden Dompteur. Der dachte, der Schlag habe ihn getroffen. Er konnte sich nicht rühren und handeln mußte er doch. Selbst der Löwe erwartete eine Tat oder zumindestens eine liebevolle Aufforderung zu irgendeinem Tun. Bild froh das Publikum durchelander, Liebespaare wurden getrennt und Diebe ließen die mühsam gerauschten Handtaschen in Stich. Der Dompteur dachte, der Löwe ist ein wildes Tier, hätte ich nur eine Eisenstange, um ihn totzuschlagen, aber selbst, wenn ich ihm die Eisenstange auf dem Kopfe zerschläge, lebte der Löwe noch.

Da kam Buxter, der entweder Lasso warf oder Alkohol trank. Er sah für gewöhnlich alles verschwoimmen, die ganze Umwelt war

ihm ein überstrahltes Filmbild. Und da er zurzeit nicht trank, warf er Lasso, und er warf es gerade dem Löwen um den Hals. Da zog der Dompteur die Schlinge zu, hülsberaiten Hände packten an, erwürgten den Löwen dreiviertel und schleppten ihn in seinen Käfig. Der Löwe mußte gar nicht, was ihm geschah. Er fühlte den Strid, infolge des Jugeschnürtwerdens seiner Kehle empfand er sogar seine Mahnenhaare unerhört hart, grelle Feuertrengel tanzten vor seinen Augen. Niemand war froher als er, da er endlich im Käfig landete.

Im lokalen Teil des Generallanzeigers stand am nächsten Tag ein Kasten mit Zeichnungen unter der fetten Ueberschrift: „Löwe los“. Buxter bekam eine Rettungsmedaille, das Bild des Dompteurs ging durch alle illustrierten Zeitschriften. Und der Löwe? Nun, der ist sehr nervös geworden. Angstvoll starrt er immer nach der Käfigtür, denn er meint, die Freiheit könne mal zu ihm in den Wagen kommen. Sein Herz ist weich und mißunter wirft er mißleidvolle Blicke auf die Menschen, die in dieser grauenvollen Freiheit leben müssen.

Die Alarmglocke des Arbeitlosen. Als der große Krieg zu Ende war, schenkte der König der Belgier der englischen Stadt Dover zur Erinnerung an die zarten Beziehungen, die zwischen ihr und dem belgischen Zeebrügge bestanden hatten, eine Glocke, die den Taufnamen Zeebrügge erhielt. Es ist eine schöne Glocke, und sie hat einen guten Klang. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend nun geschah in Dover folgendes: Die Bewohner der Stadt lagen im tiefsten Schlummer, als sie plötzlich durch Glockenklang jäh aus dem Schlafe geweckt wurden. „Das ist die Zeebrügge!“ sagten sie voll Schrecken, und alles lief in sehr oberflächlicher Kleidung auf die Straße, da man überzeugt war, daß wieder Krieg ausgebrochen sei, und daß deutsche Flieger über Dover mit Bomben oder so operierten. Als man aber vor dem Rathaus stand, erfuhr man, was das nächste Glockenläuten zu bedeuten hatte: hoch oben auf dem Glockenturm erschien ein Mann, machte eine tadellose Verbeugung und begann eine Ansprache. Er teilte den Bürgern mit, daß er einer von den Helden sei, die an dem glorreichen Abenteuer von Zeebrügge teilgenommen hätten. Aber er habe nunmehr weder Geld noch Arbeit und sei zudem ein „zahlreicher Familienvater“. Als seine Bemühungen, von der Regierung eine angemessene Pension zu erlangen, seien vergeblich gewesen; er habe es deshalb für geraten gehalten, seine Mitbürger durch das nächste Glockenspiel über seine Lage aufzuklären. Die Bürger trösteten sich schimpfend nach Hause und waren im übrigen heilfroh, daß sie nicht durch einen deutschen Flieger, sondern nur durch einen britischen Arbeitlosen aus dem Schlaf vor Mitternacht gerissen worden waren.

1925 — das reichste Baumwolljahr. Nach einem offiziellen Bericht wird für dies Jahr in den Vereinigten Staaten die größte Baumwollenernte erwartet, die jemals gewonnen worden ist. Man schätzt den Ertrag nach den genauen Angaben der Pflanzler auf 15 224 000 Ballen. Der Preis für Baumwolle ist daher auf den Märkten von New York und Liverpool bereits um 1/2 Pence für das Pfund gefallen, und man rechnet damit, daß Baumwollwaren im nächsten Jahr beträchtlich billiger sein werden.

Vier Wochen ohne Nahrung. Es ist noch nicht lange her, da ließ sich ein junger Franzose namens Harris Hoch in einem Glasfäß einschließen, um einen Hungerrekord aufzustellen. Er hat es damals auf volle 23 Hungertage gebracht. Kürzlich hat er nun seinen Versuch in Amiens wiederholt und dabei einen neuen Rekord aufgestellt, da er volle vier Wochen in seinem Glasfäß blieb, ohne Nahrung zu sich zu nehmen. Der junge Mann hatte in seinen Glasfäß nur einen Vorrat von Opiumkapseln und einen Vorrat von Opiumkapseln und einen halben Liter Zuckersirup mitgenommen. Er wurde während der ganzen vier Wochen ständig überwacht. Um sie überleben zu können, lag der Hungerkünstler dauernd unbeweglich auf seinem Bager und machte nur diejenigen Bewegungen, die nötig waren, um die Wäsche zu wechseln, um sich zu waschen und die Pillen zu sich zu nehmen. Als die vierte Woche um war, verlangte er, daß der Käfig geöffnet werden sollte. Er erklärte, daß er stolz darauf sei, so lange ausgehalten zu haben, und will im nächsten Jahre einen neuen Versuch unternehmen, um den seinerzeit von seinem italienischen Konkurrenten Merlati aufgestellten Rekord zu brechen. Merlati brachte es auf 43 Hungertage.

Russische Forschungsarbeit im Nordischen Eismeer. Der Petersburger Professor Matusewitsch, der mit der hydrographischen Expedition längere Zeit auf der Insel Nowaja Semlja gewohnt hat, hat einen kurzen Ueberblick über die bisherigen Forschungsarbeiten im Nordischen Eismeer und auf den dort gelegenen Inseln gegeben. Nach den Angaben des Gelehrten war seit 1914 für die Erforschung des russischen Nordens nichts mehr geschehen. Erst jetzt ist man an eine planmäßige Arbeit gegangen. Die Expedition, deren Teilnehmer er war, hat die Murmanküste, die Insel Nowaja Semlja und die Strömungen des Weißen Meeres erforscht. Prof. Matusewitsch ist der Meinung, daß das Weiße Meer für den russischen Holztransport und für den Transport des sibirischen Getreides nach Westeuropa künftig eine erhöhte Bedeutung gewinnen wird. Ferner ist die Expedition eine neue Karte der nordrussischen Gewässer entworfen.

Autoren, die sich ihre Stücke nicht selbst ansehen wollen. Man hat neuerdings gehört, daß der so erfolgreiche deutsche Dramatiker, der Träger des Kleist-Preises, Ernst Barlach, niemals einer Aufführung eines seiner Werke anwohnen will. Auch Grillparzer soll dieser Auffassung geschuldet haben und es wird behauptet, daß er nie zu einer Aufführung eines seiner Stücke gegangen sei. Von dem Komponisten der „Stimmen von Portici“, Kubser, erzählen zeitgenössische Berliner Zeitungen, daß er gesagt habe: „Den schönsten Genuss bereitet das Schreiben einer Oper, ihr Schicksal erfahre ich noch immer früh genug.“

Das Theater im Admiralspalast bringt eine Kinder-Revue unter dem Titel „Alle Puppen tanzen“.

Die Jurysche Kunstaktion im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof bleibt noch bis zum 15. Nov. täglich, auch Sonntag, von 10—4 Uhr geöffnet.

Neber „Mensch und Tier“ bricht Karuss Schwanbje heute in der Arbeiter-Kunst, Parochialstr. 29. Ansoitenbeitrag 0,30 M.

Reis Gauger spricht im Rahmen der Kammerkassabende in der Buch- und Kunsthandlung Reub & Colla. Kirlichstamm 230. Ortesten von Christian Morgenstern mit musikalischen Unterhaltungen von Dr. Stefan Reibel am 10. d. M., abends 8 Uhr.

# Die Internationale über Locarno.

## Der erste Schritt zu der Befriedung Europas.

London, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Exekutive der Arbeiterinternationale hielt am Donnerstag ihre zweite die Verhandlungen über Locarno abschließende Sitzung ab.

Zunächst wurde das Auswanderungsproblem mit Hinblick auf die Teilnahme der Arbeiterinternationale an der diese Frage gewidmeten internationalen Konferenz besprochen, welche für den kommenden April von Amsterdam einberufen ist.

Hierauf wurde die Lage in Marokko erörtert und die Gesamtaufassung hierüber in einer Resolution zusammengefaßt, in der die schnelle Beendigung des Riffkrieges gefordert wird. Es wird vor allem dargelegt, daß den Riffkriegern nicht einmal die Rechte eines kriegführenden Staates zuerkannt und aus diesem Grunde keinerlei Rote-Kreuz-Ambulanzen erlaubt würden. Die Exekutive fordert im Namen der Menschlichkeit die Zulassung solcher Ambulanzen.

Dann wurde die von einem Sonderkomitee vorgelegten Resolution zum Locarno-Pakt mit einigen geringfügigen Änderungen bei Stimmhaltung der britischen unabhängigen Arbeiterpartei einstimmig angenommen.

Sie bedauert zunächst, daß das Genfer Protokoll am Widerstand der britischen Regierung gescheitert sei. Trotzdem betrachte die Exekutive die

## Verhandlungen von Locarno als den ersten Schritt zur Befriedung Europas.

In dem an Stelle des Gewaltrechts gegenseitiges Vertrauen zwischen den gleichberechtigten Mächten trete. Der Vertrag von Locarno enthalte das Eingeständnis, daß die Methoden, die Beziehungen zwischen den Nationen durch Gewalt zu regeln, gescheitert sei. Indem sich die vertragsschließenden Nationen einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit unterwerfen, indem die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit unter die Autorität des Völkerbundes gestellt sei, indem Deutschland in den Völkerbund eintreten könne, werde zwischen den Mächten Europas eine freiere Atmosphäre geschaffen. Hiermit sei die wesentlichste Voraussetzung für die Überwindung des nationalen Hasses geschaffen und gleichzeitig werde damit die Überwindung der wirtschaftlichen Krise, der Arbeitslosigkeit und der Verelendung der Massen, erleichtert. Ohne sich über die Unvollständigkeit des Paktes zu täuschen, betrachte die Exekutive den

## Pakt als einen Teilerfolg des großen Kampfes des internationalen Proletariats.

Diese bedeutungsvolle Wendung sei eine der Auswirkungen und Resultate der britischen Arbeiterregierung, ein Sieg des französischen Sozialismus über den Bloc national und der Erfüllungspolitik der deutschen Sozialdemokratie.

Die Arbeiterinternationale fordert deshalb die Arbeiterklasse auf, ihren außenpolitischen Kampf auf folgende Ziele zu konzentrieren:

1. Moralische Abrüstung Westeuropas durch sofortige Aenderung des Charakters der Rheinlandsbefestigung, möglichst baldige Räumung der besetzten Gebiete sowie entsprechende Maßnahmen im Saargebiet.

2. Sofortige Einberufung einer Abrüstungskonferenz nach der Ratifikation des Paktes.

3. Unverzüglicher Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen zwischen allen in Locarno nicht vertretenen gewesenen Staaten.

4. Darüber zu machen, daß die Verständigung der West- und Mittelmächte nicht zu einer Allianz insbesondere gegen Sowjetrußland entartete.

Anschließend erinnert die Exekutive die Arbeiterklasse daran, daß der Vertrag von Locarno nur dann ein Friedensinstrument sein könne, wenn die Arbeiterklasse stark genug die Durchführung der Verträge zusichere.

Die Entschließung zeigt, daß mit ihrer Annahme durch Vertreter der Arbeiterpartei die Annahme des Paktes im Unterhaus zweifellos gesichert ist. Auffallend ist die Stimmeneinstimmung der unabhängigen britischen Arbeiterpartei, welche aber nicht auf eine Unerschrockenheit gegen den Vertrag an sich, sondern nur auf gewisse Formulierungen in ihm zurückzuführen ist.

# Die unerwartete Kassenrevision.

Zu dieser Nacht in Nr. 509 des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 28. Oktober, wird uns von der sozialdemokratischen Fraktion der Gemeindevertretung Dahlewig-Hoppegarten folgendes geschrieben:

In der bürgerlichen Presse erschienen in den letzten Tagen Mitteilungen über den Fall des Gemeindevorsteher Karl Wette von Dahlewig-Hoppegarten, die nicht immer den Tatsachen entsprechen. Insbesondere wendet sich die SPD-Fraktion der Dahlewiger Gemeindevertretung gegen die tendenziöse Behandlung dieses unliebsamen Vorfalls durch die „Deutsche Tageszeitung“. In ihrer Nr. 504 vom Montag, den 26. Oktober, bringt diese Zeitung „für deutsche Art“ eine Notiz unter der Spitzmarke: „Der Herr Amtsvorsteher auf Abwegen.“ In diesem Artikel sind einige grobe Unwahrheiten enthalten. Einmal ist Wette nicht Sozialist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, zum anderen ist er nicht 1919, sondern im Jahre 1920 zum befohlenen Gemeindevorsteher gewählt worden. Die Wahl erfolgte durch die nichtsozialistische Gemeindevertretung einstimmig. Die Absicht der „Deutschen Tageszeitung“, durch die Verbindung des Wortes „Sozialist“ mit der Jahreszahl 1919 einen bestimmten Eindruck hervorzurufen, dürfte nicht erreicht sein, denn beides trifft nicht zu. Der suspendierte Gemeindevorsteher Wette ist ein sogenannter „treudeutscher Mann“. Er ist auch zur Zeit seiner Wahl im Jahre 1920 nicht Sozialist gewesen. Seine damalige Tätigkeit als Gutssekretär des Herrn v. Trestow bürgt vielmehr dafür, daß Wette nicht nur kein Sozialist war, sondern sogar als Gegner jeglichen sozialistischen Fortschrittes anzusehen ist. Mit der Notiz hat die „Deutsche Tageszeitung“ die deutsche Art“ auf den Kopf gestellt. Ein Mann, der sich gegen Fortschritt wehrt, der einstimmig gefaßte Beschlüsse der Gemeindevertretung, insbesondere solche, die Verbesserung auf sozialem Gebiete bedeuten, sabotiert und ihre Durchführung dauernd verzögert, ein Mann, der, wie Wette, sich in solcher Form an den moralischen Interessen der Allgemeinheit vergeht, kann nicht Sozialist sein und ist es nie gewesen.

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei in der Gemeindevertretung Dahlewig-Hoppegarten hat aus all diesen Gründen keine Ursache, Herrn Wette als Sozialisten anzuerkennen. Sie überläßt ihn vielmehr der Fraktion „Mittlergemeinde“ in der Dahlewiger Gemeindevertretung und zählt Herrn Wette zu den Männern der „Deutschen Tageszeitung“ nach deutscher Art.

## Ein unschädlich gemachter Heiratschwindler.

Der in 14 Fällen vorbeistrafte Kaufmann Karl Rodmann sah jetzt wiederum auf der Anklagebank, denn ein halbes Duzend nette junge Damen waren auf sein Heiratsversprechen hereingefallen. Seine Unterhaltungs- und sein hochgeherrschter Schnurrbart waren das einzige, was an ihm „interessant“ sein mochte. Eine seiner „Bräute“ hatte um seinetwegen eine gute Stelle in Hamburg ausgegeben und war ihm nach Berlin bezahlte Stellung in Hamburg ausgegeben und war ihm nach Berlin gefolgt, um hier zu heiraten. Als sich die beiden mehrere Tage nicht etwas in der versprochenen Sechszimmerwohnung, sondern in elenden Kammern aufgehalten hatten, ging die Braut schließlich doch zur Polizei, um sich „etwas zu erkundigen“. Da legte ihr — man hatte sie an die richtige Stelle verwiesen — Kommissar Wächter mehrere Lichtbilder aus dem Verbrecheralbum vor. „Aber ja, dieser da ist mein Bräutigam!“ rief das erstaunte Fräulein. Jetzt erst erfuhr sie, wer ihr „Bräutigam“ war und daß er seit Jahr und Tag Ehrentafeln gab und aus seinen Opfern Geld und Waren

# Die Bothmer-Gräfin.

Es ist sehr viel Theater an dieser Frau, die so gelassen in gepflegter Toilette und mit ordentlichem Haar auf der Anklagebank sitzt. Ein Abendmantel ist mit der nötigen Grazie um das Koffmännchen geworfen. Die „Kaugrätin“, wie sie der Potsdamer Volksmund nennt, hat sehr viel Temperament und ein nervöses, immer bewegliches Gesicht. Eine gewisse Hysterie ist in der Art ihres Sprechens unverkennbar; weniger psychopathisch als wohl mehr allgemein weiblich scheint die geringe Geschlossenheit ihrer Aussagen, die Nachlässigkeit, mit der sie ihre Angaben macht. Sie lächelt immer, manchmal lacht sie ganz offen heraus, wenn ihr die Situation zu komisch vorkommt. Vor sich den monokelblühenden Staatsanwalt, auf dem Richterisch die von der Statistiker im Zuhörertraum mit behaglichem Schwunzen aufgenommenen Indistinktionen auf parfümiertes Papier, durch das der schneidige Hefter gewitternd und kompromittierend spukt. Da ist von „tausend Küßen“ die Rede, vom „lügen Liebling“, und vom „Kerchen“ und der Vorkühler sagt mit leisem Zweifel: „Das scheint mir aber doch sehr innig...“ Und die unruhige, immerzu springhaft reagierende Frau mit strahlender Heiterkeit: „Ach Herr Landgerichtsdirektor, das würden Sie durchaus verstehen, wenn Sie mich kennen würden.“ Sie spielt sich nicht ungeschickt in jede neue Situation hinein. Dabei kann man nicht sagen, daß dieses alles bewußtes Theater ist. So wenn Frau v. Bothmer mit ihrem Verteidiger Josephsahn in eine Auseinandersetzung gerät und er sie, die ihn fortwährend mit neuen Ideenprüngen unterbricht, zurechtweist: „Aber gnädige Frau...“ Sie lacht, lacht glücklich, naiv und kokett, und aus ihrem Augenspiel spricht die ganze Unbesümmtheit eines Menschen, der vielleicht nicht ganz voll zu nehmen ist. Eine sehr bewegliche Frau, und vielleicht komplizierter, als es zuerst den Anschein hatte.

## Der zweite Verhandlungstag.

Ein kleiner Zwischenfall ereignete sich heute früh beim Transport der Gräfin vom Untersuchungsgefängnis zum Landgericht. Auf der Treppe zur Zelle Nr. 30 hielt die Gräfin Bothmer trampfhaft eine Flasche Rotwein im Arm. Da, ein Stolpern auf der Treppe und die Flasche Rotwein fällt zur Erde. „Scherben bringen Glück“, ruft humoristisch irgendeiner. „Ach nein, meinte die ganz blaß gewordene Angeklagte, und sagt: „Glück und Glas, wie leicht bricht das!“ Und dann blüht sie hehentlich um einen Schluck Wasser. Diese Frau, die von einem fanatischen Aberglauben besessen scheint, war fassungslos über diesen Vorfall. Im Gerichtssaal, der dicht gefüllt ist, sieht man Vertreter der Potsdamer Regierung, Kriminalbeamte in Zivil, und an allen Eingängen sind Polizeiposten aufgestellt. Um 10 Uhr eröffnet der Vorsitzende die Sitzung. Die Angeklagte wird heute durch ihre beiden Verteidiger heringeführt. Die kleinen Knaben der Angeklagten sind völlig verwirrt und werden auf nachmittags 3 Uhr wieder geladen. Man hört heute beim Zeugenauftritt viele ablige Namen. Potsdamer Gesellschaft, die im Hause von Bothmer verkehrt hat. Als erste Zeugin wird nochmals Frau Dommert vernommen. Die Zeugin hält aber auffallend mit Auslagen zurück. Alles muß ihr abgefragt werden und dann gibt sie zu, daß Zeuge Hauptmann a. D. Feder viel im Hause von Bothmer verkehrt habe. Er habe das Verhältnis zwischen Hefter und der Gräfin für nicht intim gehalten.

herauslockte. Das Schöffengericht Mitte faßte den Fall sehr ernst auf und verurteilte den Heiratschwindler wegen wiederholten Rückfallbetrugs zu vier Jahren Zuchthaus, 1000 M. Geldstrafe und fünfjährigen Ehrverlust, da seine strafbaren Handlungen der Ausdruck einer ehrlosen Gesinnung sind.

## Die Aufsichtsbehörden zur Berliner Auslandsanleihe.

Die beim Reichsfinanzministerium eingerichtete Aufsichtsstelle für die Genehmigung kommunaler Auslandsanleihen hat sich mit den Beschlüssen der Berliner Stadtverordnetenversammlung über die Wirtschaftsunternahme für eine Schweizer Anleihe in Höhe von 30 Millionen Frank befah. Die Aufsichtsstelle hat grundsätzlich ihre Zustimmung zu einer Auslandsanleihe für die Fortführung des Rummelsburger Elektrizitätswerks gefaßt. Sie hat aber für Genehmigung der Schweizer Anleihe einige Vorbehalte gemacht, die noch Verhandlungen mit Schweizer Bankstellen nötig machen. Man hofft aber, daß es möglich sein wird, die Anleihe in den nächsten Tagen zu einem formellen Abschluß zu bringen. Damit wäre dann der Bau des Rummelsburger Elektrizitätswerks wenigstens für eine ganze Reihe von Monaten gesichert.

## Gesundheitswesen in Rußland.

Ueber sozialistische Gesichtspunkte im russischen Gesundheitswesen sprach am Donnerstag im „Rheingold“ auf Veranlassung des Vereines Sozialistischer Ärzte der russische Volkstammführer für Gesundheitswesen Prof. A. Semaschka. Der Redner wies nach einleitenden Begrüßungsworten E. Simms darauf hin, daß die Gesundheitsfürsorge die Arbeiterklasse bevorzuge und daß man vor allem versuche, vorbeugend zu wirken. Hieraus entspringe der größtmögliche Arbeiteranspruch in der Gesetzgebung, in einer ausgebreiteten Fürsorge für Mutter und Kind. Nach dem Bürgerkrieg, den Hungerkatastrophen und der wirtschaftlichen Notlage der letzten Jahre sei jetzt um so mehr die Lösung „dem Dorfe entgegen“, die sich auch in einem ländlichen medizinischen Netz, das immer mehr ausgebaut werde, auswirkte. Auch den wandernden Volksstämmen der Kirgisen und Kalmücken, die früher allein auf ihre Schamanen und Ausrufischer angewiesen waren, würde mit wandernden Lazaretten und bakteriologischen Instituten Gesundheitsfürsorge gegeben. Die Steigerung des Gesundheitszustandes sei so auch die Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsleistung. Mit allen Mitteln der modernen Technik, Radio, Kino, Bildern und gespielten Berichtspräsentationen, die ungeheuren Zulauf hätten, würden unter anderem die Fragen der Fruchtbarkeitsförderung und der Geschlechtskrankheiten behandelt und soziale Probleme aufgerollt. Auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete seien die Ideale noch nicht verwirklicht worden. Doch „die Lais sei besetzt“ und die Kindersterblichkeit bedeutend zurückgegangen. Die Eugenik der Rasse sei im Fortschreiten. Noch sei die sowjetische Medizin ebenso wie die sowjetische Regierung keine kommunistische, aber eine Etappe dazu. In der Diskussion spielte bezeichnenderweise die Frage der Fruchtbarkeitsförderung, die in Rußland bis zum dritten Monat in einmondfreien Krankenhäusern und Kliniken freigegeben sei, eine große Rolle. Die Abtreibungen hätten nicht abgenommen, doch seien jetzt durch die aseptische Behandlung gesundheitliche Schäden vermieden. Das ausgeübte Schnapsverbot glaube er nur als zeitweilige Mittel zu können, grundsätzlich sei die Abstinenz. Doch gegenüber den gesundheitlichen Schäden durch die Schwarzbrennerei sei man zurzeit dazu gezwungen worden.

## Opfer fallen unerhört . . .

Duisburg, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Einen Tag nach dem Explosionsunglück auf Zeche „Friedrich Heinrich“ in Linfort erlitten zwei weitere Arbeiter auf derselben Zeche tödliche Unfälle. Im Untertagebetrieb verunglückte der Maschinist Helmes aus Linfort. Er geriet zwischen die Maschine und erlitt tödliche Quetschungen. Im Tagesbetrieb derselben Zeche stürzte der Ausreicher Wöhling aus Linfort vom Gerüst ab. Kurz danach erlag er seinen Verletzungen. Auf Zeche „Rhein-Preußen“ in Mors geriet der Hauer Schramm unter herabfallendes Gestein. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Der Schnellzug Madrid-San Sebastian ist infolge eines Zusammenstoßes mit einem Auto entgleist. Ob Reisende verletzt wurden, ist noch nicht bekannt.

## Selbstbeschuldigung auf Bestellung?

Zeuge Otto Stangen, der bewußte angebliche Hausdiener, der die Polizier Diebstähle ausgeführt haben soll, wird vorgeführt. Er hat die Angelegenheit der Gräfin in der Zeitung gelesen und sich dann gemeldet. Er ist wegen Betruges im Mai mit 3 Monaten Gefängnis bestraft. Er will in Volzin mit Blumen gehandelt haben. Bei der Gräfin hat er sich damit eingeführt, daß er angeblich in Volzin gestohlen habe. Vorsitzender: Und Sie sind so selbstlos und bezichtigten sich eines Diebstahls? Zeuge wird ängstlich und die Angeklagte wird zum erstenmal verärgert. Alle hier im Gerichtssaal sind sich einig, daß dieser Hausdiener „bestellt“ ist. Vorsitzender: Na, Stangen, wo liegt denn das Kaiser-Sanatorium in Volzin? Stangen: Das weiß ich nicht. (Bewegung im Gerichtssaal.) Die Gräfin wird jetzt leichenblau. Nun muß Stange den Diebstahl beschreiben. Der Kurdirektor darf jetzt Fragen stellen. Und nun kommt Bewegung in das Ganze. Der Erste Staatsanwalt Gerlach überreicht dem Gericht die Strafakten des Hausdieners. Danach hat dieser in der fräulichen Zeit von Mai bis Juli 1925 in Haft gesessen. (Stürmische Bewegung im Gerichtssaal.) Vorsitzender: Wie oft waren Sie bei der Gräfin in Potsdam? Stangen: Mehrere Male. Auch der Graf Adolf v. Bothmer, ein Bruder des Regierungsrats war dabei. Der ging auch mit mir zum Rechtsanwalt Brandt. Vorsitzender: (mit erhöhter Stimme): Wie kommen Sie in dieses Verfahren? (Lautlose Stille.) Stangen schweigt. Vorsitzender: Noch ist es Zeit, wer hat Sie zur Gräfin geschickt? Zeuge: Ich bleibe bei allem. Gräfin v. Bothmer: Ja, das ist alles richtig, was der Mann sagt. Stangen: Ich wollte meinen alten Kompagniechef in Potsdam suchen. Kurdirektor von Volzin: Der ist ja nie in Volzin gewesen. Zeuge Hauptmann Frick Hefter stellt, über seine Beziehungen zur Angeklagten und Frau Dr. Dommert befragt, seine Beziehungen als Freundschaft dar und sonst verweigert er jede Auskunft über die intimen Beziehungen. Der Zeuge spricht mit derart näselnder Stimme, daß man vieles nicht versteht. Er wird unter Ausföhrung der Verteidigung vernommen. Hefter hat mit der Gräfin sorgfältig Buch geführt über Ausgaben. Ueber die Diebstähle befragt, erklärt Hefter, daß die beiden Damen bereit aus gefahren auf der Autofahrt sich benommen hätten, daß er gedroht habe, aussteigen zu lassen. Dabei ist die Handtasche herausgefallen. Dafür, daß die Anzeigen über die Diebstähle so spät erfolgt sind, kann Hefter nichts Positives vorbringen. Der Zeuge verucht aus Notizen seine Aussagen zu machen. Staatsanwalt: Wann haben Sie diese Notizen gemacht. Hefter: Gestern. Während der ganzen Vernehmung von Hefter stellt sich Rechtsanwalt Brandt trampfhaft vor die Angeklagte. Immer mehr gewinnt man den Eindruck, als wenn die Gräfin vollständig unter dem suggestiven Einfluß von Hauptmann Hefter steht. Vorsitzender: Weshalb machten Sie Schwierigkeiten bei der Hausführung? Hefter: Ordnung muß sein, ich bin das so gewöhnt. Der Zeuge wird sehr in die Enge getrieben und wird schließlich nervös. Vorsitzender: Hat die Gräfin für Sie die erste Rechnung im Sanatorium bezahlt? Zeuge Hefter muß dieses zugeben. Auf die Frage, ob er zum Kaufpreis des Autos zugestimmt habe, gibt er zu, daß er 2800 M. gegeben habe. Die Gräfin hätte das übrige Geld vom dem Schweden bekommen. Sie habe ihm häufig mit Geld ausgeholfen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“  
Geschäfts-Kollekt: Berlin S 14, Schötenstr. 7/8. Tel. 2 2 2.  
Klempner, Wagners, Sonnabend 7 Uhr, Anteven des Vorkommens.  
Klempner, Wagners, Sonnabend 7 Uhr, Anteven des Vorkommens.

# Gewerkschaftsbewegung

## Wer ist der Arbeitgeber?

### Gaswerke G. m. b. H. oder Gaswerke A. G.

Die Niederbarnimer Gaswerke G. m. b. H. sind mit den Berliner Städtischen Gaswerken A. G. derart vereinigt, daß die ersteren eine gewisse Selbstständigkeit und eine eigene Leitung behalten haben. Sie produzieren Gas, aber den Vertrieb desselben besorgen die Berliner Gaswerke A. G. Von diesen wird deshalb die Vertriebsabteilung der Niederbarnimer G. m. b. H. geleitet. Die Arbeiter dieser Abteilung sind an derselben Stelle und in derselben Weise beschäftigt wie früher. Aber die Berliner Gaswerke A. G. betrauten diese Arbeiter als in ihrem Betriebe beschäftigt und aus dem Betriebe der Niederbarnimer G. m. b. H. ausgeschieden. Ein Arbeiter, der seinerzeit von der letzteren eingestellt und dort in den Vertriebsrat gewählt wurde, ist von der Leitung der Berliner Gaswerke A. G. entlassen worden. Er beruft sich darauf, daß er als Mitglied des Betriebsrats der Niederbarnimer G. m. b. H. nicht ohne Zustimmung dieses Betriebsrats entlassen werden dürfte. Die Berliner Gaswerke A. G. behaupten dagegen, der Arbeiter sei jetzt bei ihnen beschäftigt und durch die Übernahme der Vertriebsabteilung der Niederbarnimer G. m. b. H. durch die Berliner Gaswerke A. G. aus seinem Arbeitsverhältnis bei der Niederbarnimer G. m. b. H. ausgeschieden, er gehöre also auch nicht mehr dem Betriebsrat der letzteren an.

Der entlassene Arbeiter klagte beim Gewerbegericht gegen die Niederbarnimer G. m. b. H. auf Fortzahlung des Lohnes. Das Gericht erkannte den Anspruch des Klägers an mit der Begründung: Es mag dahingestellt bleiben, ob der Kläger förmlich ein neues Arbeitsverhältnis mit den Berliner Gaswerken A. G. abgeschlossen hat. Aber selbst wenn das der Fall sein sollte, so kommt der Wechsel des Inhabers des Betriebes nicht in Frage für das Weiterbestehen des Betriebsrats, soweit der Betrieb selbst aufrechterhalten wird. Das ist hier der Fall. Der Kläger ist Mitglied des Betriebsrats des ganzen Unternehmens der Niederbarnimer G. m. b. H. sein Mandat ist nicht erledigt. Solange er in einem Teil dieses Betriebes beschäftigt ist, muß er auch die Rechte der Betriebsvertretung für sich in Anspruch nehmen können.

## Die Metalltransportarbeiter zum Schiedsspruch.

Donnerstag abend nahmen im Gewerkschaftshaus die Transportarbeiterfunktionäre des Metallkartells Stellung zu dem am 30. Oktober gefällten Schiedsspruch. Fromke vom Berettersbund schiederte den Gang der Verhandlungen und gab die Sätze des Schiedsspruches bekannt. Ueber beides haben wir bereits ausführlich berichtet. Er empfahl der Versammlung, den Schiedsspruch anzunehmen, wenn er auch in seiner Weise den gestellten Forderungen entspräche. Die Organisationen gaben sich schon seit geraumer Zeit die erdentlichste Mühe, die Transportarbeiter selbst zu organisieren. Solche Schiedssprüche sind das beste Spiegelbild der Organisationszugehörigkeit der Branchenangehörigen. In der regen Diskussion waren die meisten Redner der gleichen Ansicht wie Fromke. Sie empfahlen den Schiedsspruch ebenfalls zur Annahme und verpflichteten sich, weiter dafür zu sorgen, daß die diesen abseits Stehenden endlich der Organisation zugeführt werden. Die Abstimmung ergab dann auch die Annahme des Schiedsspruches. Die Entscheidung des BBA ist noch aus.

